

**Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la
Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.**

URTEIL DES GERICHTSHOFS (Vierte Kammer)

20. Mai 2010

Rechtssache C-111/09

Česká podnikatelská pojišťovna as, Vienna Insurance Group

gegen

Michal Bilas

(Vorabentscheidungsersuchen des Okresní soud v Chebu)

„Verordnung (EG) Nr. 44/2001 – Klage eines Versicherers vor dem Gericht seines Wohnsitzes auf Zahlung einer Versicherungsprämie durch den Versicherungsnehmer, der seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat hat – Einlassung des Beklagten vor dem angerufenen Gericht – Keine Geltendmachung des Mangels der Zuständigkeit und Einlassung zur Sache – Zuständigkeitsbegründende Einlassung“

Leitsätze des Urteils

1. *Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung Nr. 44/2001 – Zuständigkeitsvereinbarung – Einlassung des Beklagten, ohne den Mangel der Zuständigkeit des angerufenen Gerichts geltend zu machen*

(Verordnung Nr. 44/2001 des Rates, Art. 24)

2. *Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung Nr. 44/2001 – Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen – Versagungsgründe – Verletzung der Vorschriften über ausschließliche Zuständigkeiten im Sinne von Art. 35 der Verordnung – Anwendungsbereich*

(Verordnung Nr. 44/2001 des Rates, Art. 24 und 35)

1. Art. 24 der Verordnung Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ist dahin auszulegen, dass das Gericht, das angerufen worden ist, ohne dass die Bestimmungen in Abschnitt 3 des Kapitels II dieser Verordnung beachtet worden sind, sich für zuständig erklären muss, wenn der Beklagte sich auf das Verfahren einlässt und keine Einrede der Unzuständigkeit erhebt, da eine solche Einlassung eine stillschweigende Zuständigkeitsvereinbarung darstellt.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Art. 24 Satz 2 begrenzt nämlich den Anwendungsbereich der allgemeinen Regel und ist daher, da er Ausnahmen von der allgemeinen Regel über die stillschweigende Zuständigkeitsvereinbarung einführt, eng auszulegen. Satz 2 kann somit nicht dahin verstanden werden, dass er es erlaubt, die Anwendung der in Satz 1 dieses Artikels aufgestellten allgemeinen Regeln in anderen Rechtsstreitigkeiten als denen, auf die dieser sich ausdrücklich bezieht, nämlich solchen, für die die Regeln über die ausschließliche Zuständigkeit gelten, auszuschließen.

(vgl. Randnrn. 22-24, 26, 33 und Tenor)

2. Art. 35 der Verordnung Nr. 44/2001 des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil und Handelssachen, der als Grund für die Nichtanerkennung die Verletzung der Vorschriften über ausschließliche Zuständigkeiten vorsieht, betrifft die Nichtanerkennung der Entscheidungen eines unzuständigen Gerichts, das nicht unter Beachtung dieser Bestimmungen angerufen worden ist. Er ist daher nicht anwendbar, wenn die Entscheidung von einem zuständigen Gericht erlassen worden ist. Dies ist insbesondere auch bei Nichtbeachtung der erwähnten Vorschriften über ausschließliche Zuständigkeiten bei dem angerufenen Gericht der Fall, vor dem sich der Beklagte auf das Verfahren einlässt und keine Einrede der Unzuständigkeit erhebt. Daher steht Art. 35 dieser Verordnung der Anerkennung der von diesem Gericht erlassenen Entscheidung nicht entgegen.

(vgl. Randnrn. 28-29)

URTEIL DES GERICHTSHOFS (Vierte Kammer)

20. Mai 2010(*)

„Verordnung (EG) Nr. 44/2001 – Klage eines Versicherers vor dem Gericht seines Wohnsitzes auf Zahlung einer Versicherungsprämie durch den Versicherungsnehmer, der seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat hat – Einlassung des Beklagten vor dem angerufenen Gericht – Keine Geltendmachung des Mangels der Zuständigkeit und Einlassung zur Sache – Zuständigkeitsbegründende Einlassung“

In der Rechtssache C-111/09

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen nach den Art. 68 EG und 234 EG, eingereicht vom Okresní soud v Chebu (Tschechische Republik) mit Entscheidung vom 3. Februar 2009, beim Gerichtshof eingegangen am 23. März 2009, in dem Verfahren

Česká podnikatelská pojišťovna as, Vienna Insurance Group

gegen

Michal Bilas

erlässt

DER GERICHTSHOF (Vierte Kammer)

unter Mitwirkung des Kammerpräsidenten J.-C. Bonichot, der Richterin C. Toader (Berichterstatterin) sowie der Richter K. Schiemann, P. Kūris und L. Bay Larsen,

Generalanwalt: J. Mazák,

Kanzler: R. Grass,

aufgrund des schriftlichen Verfahrens,

unter Berücksichtigung der Erklärungen

- der tschechischen Regierung, vertreten durch M. Smolek als Bevollmächtigten,
- der deutschen Regierung, vertreten durch M. Lumma als Bevollmächtigten,
- der slowakischen Regierung, vertreten durch B. Ricziová als Bevollmächtigte,
- der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, vertreten durch A.-M. Rouchaud-Joët und M. Šimerdová als Bevollmächtigte,

aufgrund des nach Anhörung des Generalanwalts ergangenen Beschlusses, ohne Schlussanträge über die Rechtssache zu entscheiden,

folgendes

Urteil

1 Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung der Art. 24 und 26 der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. 2001, L 12, S. 1).

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

2 Dieses Ersuchen ergeht im Rahmen eines Rechtsstreits der Česká podnikatelská pojišťovna as, Vienna Insurance Group (im Folgenden: ČPP), einer Versicherungsgesellschaft mit Sitz in der Tschechischen Republik, gegen Herrn Bilas, einen Versicherungsnehmer mit Wohnsitz in der Slowakei, wegen einer Klage auf Zahlung einer Versicherungsprämie.

Rechtlicher Rahmen

3 Die Zuständigkeitsregeln für Klagen in Versicherungssachen finden sich in Abschnitt 3 des Kapitels II der Verordnung Nr. 44/2001, der deren Art. 8 bis 14 umfasst.

4 Art. 8 dieser Verordnung sieht vor:

„Für Klagen in Versicherungssachen bestimmt sich die Zuständigkeit unbeschadet des Artikels 4 und des Artikels 5 Nummer 5 nach diesem Abschnitt.“

5 Art. 12 Abs. 1 der Verordnung bestimmt:

„Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 3 kann der Versicherer nur vor den Gerichten des Mitgliedstaats klagen, in dessen Hoheitsgebiet der Beklagte seinen Wohnsitz hat, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Versicherungsnehmer, Versicherter oder Begünstigter ist.“

6 Art. 13 der Verordnung sieht vor:

„Von den Vorschriften dieses Abschnitts kann im Wege der Vereinbarung nur abgewichen werden:

1. wenn die Vereinbarung nach der Entstehung der Streitigkeit getroffen wird,

...“

7 Art. 22 in Abschnitt 6 des Kapitels der Verordnung Nr. 44/2001 stellt die Regeln für „Ausschließliche Zuständigkeiten“ auf.

8 Art. 24 dieser Verordnung in Abschnitt 7 („Vereinbarung über die Zuständigkeit“) von Kapitel II bestimmt:

„Sofern das Gericht eines Mitgliedstaats nicht bereits nach anderen Vorschriften dieser Verordnung zuständig ist, wird es zuständig, wenn sich der Beklagte vor ihm auf das Verfahren einlässt. Dies gilt nicht, wenn der Beklagte sich einlässt, um den Mangel der Zuständigkeit geltend zu machen oder wenn ein anderes Gericht aufgrund des Artikels 22 ausschließlich zuständig ist.“

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

9 Abschnitt 8 („Prüfung der Zuständigkeit und der Zulässigkeit des Verfahrens“) des Kapitels II der Verordnung Nr. 44/2001 umfasst die Art. 25 und 26.

10 Art. 25 dieser Verordnung sieht vor:

„Das Gericht eines Mitgliedstaats hat sich von Amts wegen für unzuständig zu erklären, wenn es wegen einer Streitigkeit angerufen wird, für die das Gericht eines anderen Mitgliedstaats aufgrund des Artikels 22 ausschließlich zuständig ist.“

11 Art. 26 Abs. 1 der Verordnung lautet:

„Lässt sich der Beklagte, der seinen Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats hat und der vor den Gerichten eines anderen Mitgliedstaats verklagt wird, auf das Verfahren nicht ein, so hat sich das Gericht von Amts wegen für unzuständig zu erklären, wenn seine Zuständigkeit nicht nach dieser Verordnung begründet ist.“

12 Art. 35 der Verordnung Nr. 44/2001 in Kapitel III („Anerkennung und Vollstreckung“) Abschnitt 1 („Anerkennung“) lautet:

„(1) Eine Entscheidung wird ferner nicht anerkannt, wenn die Vorschriften der Abschnitte 3, 4 und 6 des Kapitels II verletzt worden sind oder wenn ein Fall des Artikels 72 vorliegt.

...

(3) Die Zuständigkeit der Gerichte des Ursprungsmitgliedstaats darf, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, nicht nachgeprüft werden. Die Vorschriften über die Zuständigkeit gehören nicht zur öffentlichen Ordnung (ordre public) im Sinne des Artikels 34 Nummer 1.“

Ausgangsverfahren und Vorlagefragen

13 Am 14. April 2008 erhob ČPP beim vorlegenden Gericht Klage gegen Herrn Bilas auf dessen Verurteilung zur Zahlung eines Betrags von 1 755 CZK zuzüglich Verzugszinsen als aufgrund eines zwischen den Parteien am 30. Mai 2002 geschlossenen Versicherungsvertrags geschuldete Prämie.

14 Nachdem Herr Bilas vom Okresní soud v Chebu zur Stellungnahme aufgefordert worden war, bestritt er in der Sache den Anspruch der ČPP, ohne die Einrede der Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts geltend zu machen.

15 In seiner Vorlageentscheidung führt das Okresní soud v Chebu aus, aus der Verordnung Nr. 44/2001 gehe hervor, dass es in Ermangelung einer solchen Einrede seine Zuständigkeit nicht prüfen dürfe, da der Rechtsstreit nicht unter die Tatbestände der Art. 25 und 26 dieser Verordnung falle.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

16 Wenn es in der Sache entscheide, ohne seine Zuständigkeit zu prüfen, könne seine Entscheidung gemäß Art. 35 der Verordnung Nr. 44/2001 nicht anerkannt werden. Diese Bestimmung erlaube nämlich die Anerkennung einer Entscheidung, die nicht von einem im Sinne der Bestimmungen der Abschnitte 3, 4 und 6 des Kapitels II dieser Verordnung zuständigen Gericht erlassen worden sei, in einem Mitgliedstaat nicht. Da das Okresní soud v Chebu angerufen worden sei, ohne dass Art. 12 Abs. 1 der Verordnung beachtet worden sei, könne seine Entscheidung nicht in einem anderen Mitgliedstaat anerkannt werden.

17 Das erkennende Gericht hegt daher Zweifel, ob dieser Schluss richtig ist. Es führt aus, es müsse ihm entweder möglich sein, seine Zuständigkeit ungeachtet von Art. 26 der Verordnung Nr. 44/2001 zu prüfen, oder es müsse Art. 24 der Verordnung hinsichtlich seiner Zuständigkeit anwenden können, auch wenn sich die Möglichkeit der Anwendung dieser Bestimmung nicht ausdrücklich aus Art. 8 der Verordnung ergebe.

18 Unter Berücksichtigung dieser Ausführungen hat das Okresní soud v Chebu das Verfahren ausgesetzt und dem Gerichtshof die folgenden Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt:

1. Ist Art. 26 der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 dahin auszulegen, dass ein Gericht danach seine internationale Zuständigkeit nicht prüfen kann, wenn sich der Beklagte auf das Verfahren einlässt, auch wenn es um eine Rechtssache geht, die den Vorschriften über die zwingende Zuständigkeit nach Abschnitt 3 der Verordnung unterliegt, und die Klage unter Verstoß gegen diese Vorschriften erhoben wurde?

2. Kann der Beklagte, indem er sich auf das Verfahren einlässt, die internationale Zuständigkeit eines Gerichts gemäß Art. 24 der Verordnung Nr. 44/2001 auch dann begründen, wenn das Verfahren sonst den Vorschriften über die zwingende Zuständigkeit nach Abschnitt 3 der Verordnung unterliegt und die Klage unter Verstoß gegen diese Vorschriften erhoben wurde?

3. Sofern die zweite Frage zu verneinen ist: Kann der Umstand, dass der Beklagte sich in einer Versicherungssache auf das Verfahren vor einem nach der Verordnung Nr. 44/2001 sonst unzuständigen Gericht einlässt, als Vereinbarung über die Zuständigkeit im Sinne von Art. 13 Abs. 1 dieser Verordnung angesehen werden?

Zu den Vorlagefragen

Zur zweiten Frage

19 Mit seiner zweiten Frage möchte das vorliegende Gericht wissen, ob Art. 24 der Verordnung Nr. 44/2001 dahin auszulegen ist, dass das Gericht, das angerufen worden ist, ohne dass die Bestimmungen in Abschnitt 3 des Kapitels II dieser Verordnung beachtet worden sind, zuständig ist, wenn sich der Beklagte auf das Verfahren einlässt und keine Einrede der Unzuständigkeit erhebt.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

20 Diese Frage bezieht sich darauf, ob es auch in Streitigkeiten, auf die die Regeln für die besonderen Zuständigkeiten der Verordnung Nr. 44/2001, wie sie in Abschnitt 3 des Kapitels II dieser Verordnung für Versicherungssachen aufgeführt sind, anwendbar sind, eine stillschweigende Zuständigkeitsvereinbarung darstellt, wenn sich der Beklagte auf das Verfahren einlässt und nicht den Mangel der Zuständigkeit des angerufenen Gerichts geltend macht.

21 Hierzu ist festzustellen, dass Art. 24 Satz 1 der Verordnung Nr. 44/2001 für alle Streitigkeiten, bei denen sich die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts nicht aus anderen Vorschriften dieser Verordnung ergibt, eine auf der Einlassung des Beklagten beruhende Zuständigkeitsregel vorsieht. Diese Bestimmung findet auch in Fällen Anwendung, in denen das Gericht unter Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Verordnung angerufen worden ist, und beinhaltet, dass die Einlassung des Beklagten als stillschweigende Anerkennung der Zuständigkeit des angerufenen Gerichts und somit als Vereinbarung von dessen Zuständigkeit betrachtet werden kann.

22 Art. 24 Satz 2 der Verordnung Nr. 44/2001 regelt Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel. Danach liegt keine stillschweigende Vereinbarung der Zuständigkeit des angerufenen Gerichts vor, wenn der Beklagte eine Einrede der Unzuständigkeit erhebt und auf diese Weise seinen Willen zum Ausdruck bringt, die Zuständigkeit dieses Gerichts nicht anzuerkennen, oder wenn es sich um Rechtsstreitigkeiten handelt, für die Art. 22 der Verordnung Regeln über die ausschließliche Zuständigkeit vorsieht.

23 Dieser Satz 2 enthält eine Bestimmung, die den Anwendungsbereich der allgemeinen Regel begrenzt. Daher ist er, wie die tschechische, die deutsche und die slowakische Regierung sowie die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ausgeführt haben, als Ausnahme zu betrachten und eng auszulegen.

24 Somit kann Art. 24 Satz 2 der Verordnung Nr. 44/2001 nicht dahin verstanden werden, dass er es erlaubt, die Anwendung der in Satz 1 dieses Artikels aufgestellten allgemeinen Regel in anderen Rechtsstreitigkeiten als denen, auf die dieser sich ausdrücklich bezieht, auszuschließen.

25 Nach ständiger Rechtsprechung zu Art. 18 des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. 1972, L 299, S. 32), der im Wesentlichen mit Art. 24 der Verordnung Nr. 44/2001 übereinstimmt, gilt in den Fällen, die nicht ausdrücklich unter den Ausnahmen in Art. 18 Satz 2 genannt sind, die allgemeine Regel über die stillschweigende Zuständigkeitsvereinbarung. Bei der Entscheidung im Rahmen eines Rechtsstreits, bei dem die Parteien eine Zuständigkeitsvereinbarung getroffen hatten, hat der Gerichtshof ausgeführt, dass es keinen aus dem allgemeinen Aufbau oder den Zielen des Übereinkommens abzuleitenden Grund für die Ansicht gibt, dass es an einer Zuständigkeitsvereinbarung beteiligten Personen verwehrt wäre, ihre Streitigkeit freiwillig einem anderen als dem vereinbarten Gericht zu unterbreiten (vgl. Urteile vom 24. Juni 1981, Elefanten-Schuh,

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

150/80, Slg. 1981, 1671, Randnr. 10, und vom 7. März 1985, Spitzley, 48/84, Slg. 1985, 787, Randnrn. 24 und 25).

26 Unter diesen Umständen muss sich das angerufene Gericht, da die Zuständigkeitsregeln in Abschnitt 3 des Kapitels II der Verordnung Nr. 44/2001 keine Regeln der ausschließlichen Zuständigkeit sind, auch dann, wenn diese Regeln nicht beachtet worden sind, für zuständig erklären, wenn sich der Beklagte auf das Verfahren einlässt und keine Einrede der Unzuständigkeit erhebt.

27 Das Okresní soud v Chebu wirft in seiner Vorlageentscheidung die Frage auf, ob seine Entscheidung, wenn es sich gemäß Art. 24 der Verordnung Nr. 44/2001 für zuständig erklärt, ohne dass jedoch die Bestimmungen des Abschnitts 3 des Kapitels II dieser Verordnung beachtet worden sind, möglicherweise gemäß Art. 35 Abs. 1 dieser Verordnung nicht anerkannt werden können.

28 Hierfür gilt, dass Art. 35 als Grund für die Nichtanerkennung die Verletzung der Vorschriften über ausschließliche Zuständigkeiten u. a. für Versicherungssachen vorsieht, die der schwächeren Partei einen verstärkten Schutz gewährleisten sollen.

29 Eine solche Bestimmung betrifft die Nichtanerkennung der Entscheidungen eines unzuständigen Gerichts, das nicht unter Beachtung dieser Bestimmungen angerufen worden ist. Sie ist daher nicht anwendbar, wenn die Entscheidung von einem zuständigen Gericht erlassen worden ist. Dies ist insbesondere auch bei Nichtbeachtung der erwähnten Vorschriften über ausschließliche Zuständigkeiten bei dem angerufenen Gericht der Fall, vor dem sich der Beklagte auf das Verfahren einlässt und keine Einrede der Unzuständigkeit erhebt. Ein solches Gericht ist nämlich gemäß Art. 24 der Verordnung Nr. 44/2001 zuständig. Somit steht Art. 35 dieser Verordnung der Anerkennung der von diesem Gericht erlassenen Entscheidung nicht entgegen.

30 Daher kann, obwohl in den in den Abschnitten 3 bis 5 des Kapitels II dieser Verordnung geregelten Bereichen die Zuständigkeitsvorschriften bezwecken, der schwächeren Partei einen verstärkten Schutz zu gewährleisten (vgl. in dieser Hinsicht Urteil vom 13. Dezember 2007, FBTO Schadeverzekeringen, C-463/06, Slg. 2007, I-11321, Randnr. 28), die in diesen Abschnitten geregelte gerichtliche Zuständigkeit dieser Partei nicht aufgezwungen werden. Entscheidet sie sich bewusst dafür, sich auf das Verfahren einzulassen, lässt die Verordnung Nr. 44/2001 ihr die Möglichkeit, sich in der Sache vor einem anderen als dem auf der Grundlage dieser Abschnitte bestimmten Gericht zu verteidigen.

31 Die tschechische und die slowakische Regierung haben in ihren Erklärungen darauf hingewiesen, dass die Einlassung des Beklagten auf das Verfahren in einem Rechtsstreit wie dem des Ausgangsverfahrens nur dann als Zuständigkeitsvereinbarung qualifiziert werden könne, wenn der Beklagte als schwächere Partei in die Lage versetzt worden sei, die Wirkungen seiner Verteidigung in der Sache in vollem Umfang zu erkennen. Das angerufene Gericht müsse daher von Amts wegen im Interesse des

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Schutzes der schwächeren Partei prüfen, ob dessen Willensbekundung tatsächlich bewusst erfolge und seine Zuständigkeit begründen solle.

32 Es ist darauf hinzuweisen, dass eine solche Pflicht nur durch die Aufnahme einer ausdrücklichen entsprechenden Regelung in die Verordnung Nr. 44/2001 vorgeschrieben werden könnte. Es steht dem angerufenen Gericht jedoch stets frei, sich unter Berücksichtigung des Ziels der auf den Abschnitten 3 bis 5 des Kapitels II dieser Verordnung beruhenden Zuständigkeitsvorschriften, das darin besteht, der als schwächer betrachteten Partei einen verstärkten Schutz zu gewährleisten, davon zu vergewissern, dass die unter diesen Umständen vor ihm verklagte Partei umfassende Kenntnis von den Folgen ihrer Einlassung auf das Verfahren hat.

33 Nach alledem ist auf die zweite Frage zu antworten, dass Art. 24 der Verordnung Nr. 44/2001 dahin auszulegen ist, dass das Gericht, das angerufen worden ist, ohne dass die Bestimmungen in Abschnitt 3 des Kapitels II dieser Verordnung beachtet worden sind, sich für zuständig erklären muss, wenn der Beklagte sich auf das Verfahren einlässt und keine Einrede der Unzuständigkeit erhebt, da eine solche Einlassung eine stillschweigende Zuständigkeitsvereinbarung darstellt.

Zur ersten und zur dritten Frage

34 Da die zweite Frage bejaht wird, ist die dritte Frage nicht zu prüfen, da diese vom vorlegenden Gericht nur für den Fall gestellt worden ist, dass die zweite Frage verneint wird.

35 In Bezug auf die erste Frage, die die Auslegung von Art. 26 Abs. 1 der Verordnung Nr. 44/2001 betrifft, genügt die Feststellung, dass eine Prüfung dieser Bestimmung, die bereits ihrem Wortlaut nach nur dann Anwendung findet, wenn es sich um ein Gericht handelt, dessen Zuständigkeit nicht nach dieser Verordnung begründet ist, unerheblich ist, da aus der Antwort des Gerichtshofs auf die zweite Frage hervorgeht, dass sich das vorliegende Gericht im vorliegenden Fall für nach dieser Verordnung zuständig erklären muss.

Kosten

36 Für die Parteien des Ausgangsverfahrens ist das Verfahren ein Zwischenstreit in dem bei dem vorlegenden Gericht anhängigen Rechtsstreit. Die Kostenentscheidung ist daher Sache dieses Gerichts. Die Auslagen anderer Beteiligter für die Abgabe von Erklärungen vor dem Gerichtshof sind nicht erstattungsfähig.

Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof (Vierte Kammer) für Recht erkannt:

Art. 24 der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ist dahin auszulegen, dass das

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Gericht, das angerufen worden ist, ohne dass die Bestimmungen in Abschnitt 3 des Kapitels II dieser Verordnung beachtet worden sind, sich für zuständig erklären muss, wenn der Beklagte sich auf das Verfahren einlässt und keine Einrede der Unzuständigkeit erhebt, da eine solche Einlassung eine stillschweigende Zuständigkeitsvereinbarung darstellt.

Unterschriften

* Verfahrenssprache: Tschechisch.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

**Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la
Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.**

20 May 2010

(Regulation (EC) No 44/2001 – Action brought by an insurer before the court of its place of domicile seeking the payment of an insurance premium by the policyholder, domiciled in a different Member State – Appearance of the defendant entered before the court seised – Jurisdiction not contested and defence as to substance – Entering an appearance conferring jurisdiction)

In Case C-111/09,

REFERENCE for a preliminary ruling under Articles 68 EC and 234 EC from the Okresní soud v Chebu (Czech Republic), made by decision of 3 February 2009 and received at the Court on 23 March 2009, in the proceedings

Česká podnikatelská pojišťovna as, Vienna Insurance Group

v

Michal Bilas,

THE COURT (Fourth Chamber),

composed of J.-C. Bonichot, President of the Chamber, C. Toader (Rapporteur), K. Schiemann, P. Kūris and L. Bay Larsen, Judges,

Advocate General: J. Mazák,

Registrar: R. Grass,

having regard to the written procedure,

after considering the observations submitted on behalf of:

- the Czech Government, by M. Smolek, acting as Agent,
- the German Government, by M. Lumma, acting as Agent,
- the Slovak Government, by B. Ricziová, acting as Agent,
- the Commission of the European Communities, by A.-M. Rouchaud-Joët and M. Šimerdová, acting as Agents,

having decided, after hearing the Advocate General, to proceed to judgment without an Opinion,

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

gives the following

Judgment

1 This reference for a preliminary ruling concerns the interpretation of Articles 24 and 26 of Council Regulation (EC) No 44/2001 of 22 December 2000 on jurisdiction and the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters (OJ 2001 L 12, p. 1).

2 The reference was submitted in the course of proceedings between Česká podnikatelská pojišťovna as, Vienna Insurance Group (‘ČPP’), an insurance company established in the Czech Republic, and Mr Bilas, a policyholder domiciled in Slovakia, regarding the payment of an insurance premium.

Legal context

3 The rules of jurisdiction in matters relating to insurance are laid down in Chapter II, Section 3, of Regulation No 44/2001, which comprises Articles 8 to 14 of that regulation.

4 Article 8 of that regulation provides:

‘In matters relating to insurance, jurisdiction shall be determined by this Section, without prejudice to Article 4 and point 5 of Article 5.’

5 Article 12(1) of that regulation provides:

‘Without prejudice to Article 11(3), an insurer may bring proceedings only in the courts of the Member State in which the defendant is domiciled, irrespective of whether he is the policyholder, the insured or a beneficiary.’

6 Article 13 of that regulation provides:

‘The provisions of this Section may be departed from only by an agreement:

(1) which is entered into after the dispute has arisen, or

...’

7 Article 22 of Section 6 of Chapter II of Regulation No 44/2001 sets out rules on ‘Exclusive jurisdiction’.

8 Article 24 of that regulation, contained in Section 7, entitled ‘Prorogation of jurisdiction’, of Chapter II, provides:

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

‘Apart from jurisdiction derived from other provisions of this Regulation, a court of a Member State before which a defendant enters an appearance shall have jurisdiction. This rule shall not apply where appearance was entered to contest the jurisdiction, or where another court has exclusive jurisdiction by virtue of Article 22.’

9 Section 8, entitled ‘Examination as to jurisdiction and admissibility’, of Chapter II of Regulation No 44/2001 includes Articles 25 and 26.

10 Article 25 of that regulation provides:

‘Where a court of a Member State is seised of a claim which is principally concerned with a matter over which the courts of another Member State have exclusive jurisdiction by virtue of Article 22, it shall declare of its own motion that it has no jurisdiction.’

11 Article 26(1) of that regulation states:

‘Where a defendant domiciled in one Member State is sued in a court of another Member State and does not enter an appearance, the court shall declare of its own motion that it has no jurisdiction unless its jurisdiction is derived from the provisions of this Regulation.’

12 Article 35 of Regulation No 44/2001, included in Chapter III, entitled ‘Recognition and Enforcement’, under Section I, itself entitled ‘Recognition’, reads as follows:

‘1. Moreover, a judgment shall not be recognised if it conflicts with Sections 3, 4 or 6 of Chapter II, or in a case provided for in Article 72.

...

3. Subject to the [provisions of] paragraph 1, the jurisdiction of the court of the Member State of origin may not be reviewed. The test of public policy referred to in point 1 of Article 34 may not be applied to the rules relating to jurisdiction.’

The dispute in the main proceedings and the questions referred for a preliminary ruling

13 On 14 April 2008, ČPP brought an action against Mr Bilas before the referring court seeking an order for the payment by the latter of the sum of CZK 1 755, plus default interest, as the premium due under an insurance policy concluded between those parties on 30 May 2002.

14 Having been called on by the Okresní soud v Chebu (Cheb District Court) to submit his observations, Mr Bilas challenged ČPP’s claim as to its substance without contesting the jurisdiction of the court seised.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

15 In its order for reference, the *Okresní soud v Chebu* observes that it follows from Regulation No 44/2001 that, where its jurisdiction has not been contested, that court cannot conduct an examination as to its own jurisdiction since the dispute does not fall within the situations provided for in Articles 25 and 26 of that regulation.

16 It also observes that, if it rules on the substance without examining its jurisdiction, its judgment cannot be recognised for the purpose of Article 35 of Regulation No 44/2001. That provision does not allow the recognition in a Member State of a judgment which has not been given by a court with jurisdiction for the purposes of the provisions of Sections 3, 4 and 6 of Chapter II of that regulation. According to the *Okresní soud v Chebu*, in so far as it was seised in breach of Article 12(1) of that regulation, it will not be possible for its judgment to be recognised in another Member State.

17 The referring court is accordingly uncertain as to whether that conclusion is correct. It observes that either it should have the possibility to examine its jurisdiction irrespective of Article 26 of Regulation No 44/2001, or it should be able to apply Article 24 of that regulation to its jurisdiction, even though Article 8 of that regulation does not expressly provide for the possibility to apply that provision.

18 Having regard to those considerations, the *Okresní soud v Chebu* decided to stay the proceedings and to refer the following questions to the Court for a preliminary ruling:

‘(1) Should Article 26 of ... Regulation ... No 44/2001 ... be interpreted as not authorising a court to review its international jurisdiction where the defendant participates in the proceedings, even when the case is subject to the rules on compulsory jurisdiction under Section 3 [of Chapter II] of the Regulation and the application is brought contrary to those rules?

(2) Can the defendant, by the fact that he participates in the proceedings, establish the international jurisdiction of the court within the meaning of Article 24 of ... Regulation [No 44/2001] even where the proceedings are otherwise subject to the rules of compulsory jurisdiction in Section 3 [of Chapter II] of the Regulation and the application is brought contrary to those rules?

(3) If the answer to question (2) is in the negative, may the fact that the defendant participates in the proceedings before a court which otherwise under the Regulation does not have jurisdiction in a case concerning insurance be regarded as an agreement on jurisdiction within the meaning of Article 13(1) of the Regulation?’

On the questions referred

The second question

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

19 By its second question, the referring court essentially inquires whether Article 24 of Regulation No 44/2001 must be interpreted as meaning that the court seised, where the rules in Section 3 of Chapter II of that regulation are not complied with, has jurisdiction where the defendant enters an appearance and does not contest the court's jurisdiction.

20 That question concerns whether, even for disputes to which the rules of special jurisdiction provided for by Regulation No 44/2001 apply, such as those contained in Section 3 of Chapter II of that regulation in matters relating to insurance, the entering of an appearance by the defendant, who does not contest the jurisdiction of the court seised, amounts to a tacit prorogation of jurisdiction.

21 In this connection, it must be observed that the first sentence of Article 24 of Regulation No 44/2001 provides for a rule of jurisdiction based on the entering of an appearance by the defendant in respect of all disputes where the jurisdiction of the court seised is not derived from other provisions of that regulation. That provision applies also in cases where the court has been seised in breach of the provisions of that regulation and implies that the entering of an appearance by the defendant may be considered to be a tacit acceptance of the jurisdiction of the court seised and thus a prorogation of that court's jurisdiction.

22 The second sentence of Article 24 of Regulation No 44/2001 provides for exceptions to that general rule. It determines that there is no tacit prorogation of jurisdiction of the court seised where the defendant contests the jurisdiction, thereby expressing his intention not to accept that court's jurisdiction, or where the dispute is one in respect of which Article 22 of that regulation provides for rules on exclusive jurisdiction.

23 That second sentence contains a rule which delimits the scope of the general rule. Consequently, as has been observed by the Czech, German and Slovak Governments, and by the Commission of the European Communities, it must be regarded as an exception and must be interpreted restrictively.

24 It follows that the second sentence of Article 24 of Regulation No 44/2001 cannot be understood as enabling the application of the general rule set out in the first sentence of that article to be excluded in respect of disputes other than those to which it expressly refers.

25 According to the case-law relating to Article 18 of the Convention of 27 September 1968 on Jurisdiction and the Enforcement of Judgments in Civil and Commercial Matters (OJ 1978 L 304, p. 36), a provision essentially identical to Article 24 of Regulation No 44/2001, in the situations which are not expressly included in the exceptions provided for in the second sentence of Article 18, the general rule on the tacit prorogation of jurisdiction applies. Ruling in proceedings where the parties had concluded an agreement on jurisdiction, the Court stated that neither the general scheme

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

nor the objectives of that convention provide grounds for the view that the parties are prevented from submitting their dispute to a court other than that stipulated in the agreement (see Case 150/80 *Elefanten Schuh* [1981] ECR 1671, paragraph 10, and Case 48/84 *Spitzley* [1985] ECR 787, paragraphs 24 and 25).

26 Accordingly, since the rules on jurisdiction set out in Section 3 of Chapter II of Regulation No 44/2001 are not rules on exclusive jurisdiction, the court seised, where those rules are not complied with, must declare itself to have jurisdiction where the defendant enters an appearance and does not contest that court's jurisdiction.

27 In its order for reference, the *Okresní soud v Chebu* inquires whether, by declaring itself to have jurisdiction on the basis of Article 24 of Regulation No 44/2001, where, however, the rules of Section 3 of Chapter II of that regulation were not complied with, its judgment might not be recognised, in accordance with Article 35(1) of that regulation.

28 In this connection, Article 35 provides that a basis for non-recognition is conflict with the rules on special jurisdiction, in particular those on matters relating to insurance, whose aim is to ensure stronger protection of the weaker party.

29 That provision concerns non-recognition of judgments given by a court without jurisdiction which has not been seised in accordance with those rules. It is therefore not applicable where the judgment is given by a court with jurisdiction. That is true, *inter alia*, of a court seised, even though those rules on special jurisdiction are not complied with, before which the defendant enters an appearance and does not contest that court's jurisdiction. Such a court in fact has jurisdiction on the basis of Article 24 of Regulation No 44/2001. Therefore, Article 35 of that regulation does not prevent the recognition of the judgment given by that court.

30 Accordingly, although in the fields concerned by Sections 3 to 5 of Chapter II of that regulation the aim of the rules on jurisdiction is to offer the weaker party stronger protection (see, in that regard, Case C-463/06 *FBTO Schadeverzekeringen* [2007] ECR I-11321, paragraph 28), the jurisdiction determined by those sections cannot be imposed on that party. If that party deliberately decides to enter an appearance, Regulation No 44/2001 leaves him the option to defend himself as to substance before a court other than those determined on the basis of those sections.

31 The Czech and Slovak Governments pointed out in their observations that, in order to treat the entering of an appearance by the defendant as amounting to the prorogation of jurisdiction in a dispute such as that in the main proceedings, the defendant, the weaker party, should be put in a position to be fully aware of the effects of his defence as to substance. The court seised should therefore ascertain of its own motion, in the interest of the protection of the weaker party, whether that party's manifestation of intention is in fact deliberate and designed to give that court jurisdiction.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

32 Such an obligation could not be imposed other than by the introduction into Regulation No 44/2001 of an express rule to that effect. However, it is always open to the court seised to ensure, having regard to the objective of the rules on jurisdiction resulting from Sections 3 to 5 of Chapter II of that regulation, which is to offer stronger protection of the party considered to be the weaker party, that the defendant being sued before it in those circumstances is fully aware of the consequences of his agreement to enter an appearance.

33 It is apparent from the foregoing that the answer to the second question is that Article 24 of Regulation No 44/2001 must be interpreted as meaning that the court seised, where the rules in Section 3 of Chapter II of that regulation were not complied with, must declare itself to have jurisdiction where the defendant enters an appearance and does not contest that court's jurisdiction, since entering an appearance in that way amounts to a tacit prorogation of jurisdiction.

On the first and third questions

34 In the light of the affirmative answer given to the second question, there is no need for the Court to consider the third question, since it was put by the referring court only in case the second question should be answered in the negative.

35 As regards the first question, concerning the interpretation of Article 26(1) of Regulation No 44/2001, it is sufficient to state that, since it follows from the answer given by the Court to the second question that the referring court must, in the present case, declare that it has jurisdiction under that regulation, an examination of the provision, which, in accordance with its actual wording, may be applied only where the court's jurisdiction is not derived from the provisions of the regulation, would be irrelevant.

Costs

36 Since these proceedings are, for the parties to the main proceedings, a step in the action pending before the national court, the decision on costs is a matter for that court. Costs incurred in submitting observations to the Court, other than the costs of those parties, are not recoverable.

On those grounds, the Court (Fourth Chamber) hereby rules:

Article 24 of Council Regulation (EC) No 44/2001 of 22 December 2000 on jurisdiction and the recognition and enforcement of judgments in civil and commercial matters must be interpreted as meaning that the court seised, where the rules in Section 3 of Chapter II of that regulation were not complied with, must declare itself to have jurisdiction where the defendant enters an appearance and does not contest that court's jurisdiction, since entering an appearance in that way amounts to a tacit prorogation of jurisdiction.

Fuente: Texto original del fallo aportado por UAIPIT-Portal Internacional de la Universidad de Alicante en PI y SI- <http://www.uaipit.com>.

[Signatures]

* Language of the case: Czech.